

Inhalt

Verzeichnis der Schaubilder	16
Verzeichnis der Tabellen	17
Verzeichnis der Beispiele Fälle	18
Abkürzungsverzeichnis	23
Literaturverzeichnis	26
1 Zur ersten Orientierung	
1.1 Ziel dieses Leitfadens.	29
1.2 Bearbeiten praktischer Fälle	30
1.2.1 Möglichkeiten und Grenzen elektronischer Auskunfts- systeme	30
1.2.2 Drei Hauptvarianten des Umgangs mit Meldedaten	34
1.2.3 Nähere Beschreibung der drei Hauptvarianten	35
1.2.4 Andere Formen des Umgangs mit Meldedaten	38
2 Rechtsgrundlagen für den Umgang mit Meldedaten	
2.1 Notwendigkeit eines Überblicks	39
2.2 Erforderlichkeit einer Rechtsgrundlage	39
2.3 Überblick über die einschlägigen Rechtsgrundlagen	41
2.3.1 Grundstrukturen des Melderechts	41
2.3.1.1 Nebeneinander von Bundes- und Landesgesetzen	41
2.3.1.2 Rechtsverordnungen	42
2.3.1.3 Verwaltungsvorschriften	42
2.3.1.4 Datensatz für das Meldewesen (DSMeld)	42
2.3.1.5 Normierung technischer Vorgaben	43
2.3.2 Bundeseinheitlich geltende Regelungen	44
2.3.2.1 Überblick	44
2.3.2.2 Inhalt der 1. BMeldDÜV	44
2.3.2.3 Inhalt der 2. BMeldDÜV	45
2.3.2.4 Inhalt der AufenthV	46
2.3.2.5 Inhalt der StldV	46
2.3.2.6 Inhalt des Einheitlichen Bund-/Länderteils des Datensatzes für das Meldewesen	46
2.3.3 Landesspezifische Regelungen	47
2.3.3.1 Baden-Württemberg	47
2.3.3.2 Bayern	47
2.3.3.3 Nordrhein-Westfalen	49
2.3.3.4 Sachsen	49

3	Problemfälle bei der Meldepflicht und bei der Erhebung von Daten	
3.1	Meldepflicht	51
3.2	Meldepflicht bei Minderjährigen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr	54
3.2.1	Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.	54
3.2.2	Bayern	56
3.3	Meldepflicht bei Personen, die unter Betreuung stehen	57
3.3.1	Grundzüge der Betreuungsvorschriften	57
3.3.2	Vorgehen in der Praxis	58
3.3.3	Bedeutung von Vorsorgevollmachten	58
3.3.4	Besonderheiten bei Altenheimen sowie bei Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen (»Anstaltsmeldepflicht«)	59
3.3.4.1	Maßgebliche Aspekte	59
3.3.4.2	Betroffene Einrichtungen	60
3.3.4.3	Bestehen einer Meldepflicht	60
3.3.4.4	Erfüllung der Meldepflicht/Meldepflicht der Heimleitung	62
4	Weitergabe von Daten innerhalb der eigenen Gemeindeverwaltung	
4.1	Unterscheidung Weitergabe von Daten/Datenübermittlung	64
4.2	Rechtliche Voraussetzungen der Weitergabe von Daten	65
4.2.1	Maßgebliche Datenkategorien	65
4.2.2	Weitergabe von Grunddaten	67
4.2.2.1	Umfang der Grunddaten	67
4.2.2.2	Rechtliche Voraussetzungen für die Weitergabe von Grunddaten	68
4.2.3	Weitergabe von »zusätzlichen Daten«	70
4.2.3.1	Umfang der »zusätzlichen Daten«	70
4.2.3.2	Rechtliche Voraussetzungen für die Weitergabe von »zusätzlichen Daten«	70
4.2.4	Weitergabe von »Hinweisen zur Richtigkeit von Daten«	71
4.2.4.1	Umfang der »Hinweise zur Richtigkeit von Daten«	71
4.2.4.2	Rechtliche Voraussetzungen für die Weitergabe von »Hinweisen zur Richtigkeit von Daten«	71
4.2.5	Regelmäßige Weitergabe von sog. »Veränderungslisten«	72
4.2.5.1	Problemstellung	72
4.2.5.2	Online-Zugriff anderer Verwaltungseinheiten	72
4.2.5.3	Online-Zugriff gemeindlicher Unternehmen	74
4.2.6	Weitere praktische Beispiele	76
4.3	Auswirkungen bestimmter Auskunftssperren	80
4.3.1	Sachliche Problematik	80
4.3.2	Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.	80
4.3.3	Bayern	83
4.4	Telefonische Weitergabe von Daten	84
4.5	Weitergabe innerhalb von Verwaltungsgemeinschaften oder (Gemeinde-)Verwaltungsverbänden (ohne NRW!)	85
4.5.1	Formen kommunaler Zusammenarbeit	85

	Inhalt	9
4.5.2 Folgen für das Meldewesen	86	
5 Übermittlung von Melddaten nach außen/Melderegisterauskünfte		
5.1 Struktur der gesetzlichen Regelungen	88	
5.1.1 Unterscheidung nach Adressaten.	88	
5.1.2 Abgrenzung von interner Datenweitergabe und Datenübermittlung nach außen	88	
5.1.3 Unterscheidung zwischen regelmäßiger und einmaliger Datenübermittlung	89	
5.2 Abgrenzung öffentliche/nicht-öffentliche/kirchliche Stellen	90	
5.2.1 Hintergrund der Abgrenzung	90	
5.2.2 Öffentliche und nicht-öffentliche Stellen	90	
5.2.2.1 Abstrakte Definition der Begriffe	90	
5.2.2.2 Öffentlich-rechtliche Wettbewerbsunternehmen (nur Baden-Württemberg und Sachsen)	91	
5.2.2.3 Beispiele aus der Praxis	92	
5.2.3 Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften	97	
5.2.3.1 Rechtlicher Hintergrund	97	
5.2.3.2 Zulässige Datenempfänger im Einzelnen	98	
5.2.4 Beauftragung von nicht-öffentlichen Stellen durch öffentliche Stellen	98	
5.3 Übersicht über die anwendbaren Regelungen für die Datenübermittlung	99	
6 Übermittlung von Melddaten an öffentliche Stellen		
6.1 Anwendungsbereich der Vorschriften	102	
6.1.1 Unterschied Datenübermittlung/Weitergabe von Daten	102	
6.1.2 Unterschied öffentliche/nicht-öffentliche Stellen.	102	
6.1.3 Gleichbehandlung von Einzel- und Gruppenübermittlung	102	
6.2 Unterschied regelmäßige Datenübermittlung/ Datenübermittlung im Einzelfall	103	
6.2.1 Bedeutung des Unterschieds	103	
6.2.2 Definitionen und Beispiele	104	
6.3 Rechtsgrundlagen für regelmäßige Datenübermittlungen.	105	
6.3.1 Rechtsverordnungen des Bundes.	105	
6.3.2 Rechtsverordnungen der Länder	105	
6.3.2.1 Baden-Württemberg: Meldeverordnung (MVO)	106	
6.3.2.2 Bayern: Melddatenverordnung (MeldDV)	107	
6.3.2.3 Nordrhein-Westfalen: Melddatenübermittlungsverordnung NRW (MeldDÜV NRW)	111	
6.3.2.4 Sachsen: Sächsische Meldeverordnung (SächsMeldVO)	112	
6.3.3 Datenverkehr zwischen den Meldebehörden als Beispiel für regelmäßige Datenübermittlungen	114	
6.4 Datenübermittlungen im Einzelfall	116	
6.4.1 Überblick.	116	
6.4.2 Übermittlungen an eine andere Meldebehörde im eigenen Bundesland	117	

6.4.3	Übermittlungen an sonstige deutsche öffentliche Stellen.	118
6.4.3.1	Grundregeln	118
6.4.3.2	Prüfpflichten der Meldebehörde.	119
6.4.3.3	Besonderheiten bei Übermittlungen an Sicherheits- und Justizbehörden	120
6.4.4	Übermittlungen an Behörden oder öffentliche Stellen in der EU, dem EWR oder an eine Behörde der EU	121
6.4.5	Übermittlungen an den Suchdienst	123
6.5	Beantwortung telefonischer Anfragen	123
6.6	Hinweispflicht auf vorhandene Auskunftssperren	123
7	Übermittlung von Meldebedaten an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften	
7.1	Anwendungsbereich der Regelungen	124
7.1.1	Beschränkung auf bestimmte öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften	124
7.1.2	Beschränkung auf Daten von Mitgliedern und bestimmten Familienangehörigen	125
7.1.3	Keine Unterscheidung nach Einzel- und Gruppenauskünften	126
7.2	Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten	127
7.3	Hinweis auf bestehende Auskunftssperren	127
8	Grundformen der Melderegisterauskünfte an nicht-öffentliche (private) Stellen	
8.1	Einfache Melderegisterauskunft	129
8.1.1	Überblick	129
8.1.1.1	Bezeichnung »einfache« Melderegisterauskunft.	129
8.1.1.2	Zulässige Empfänger der Auskunft	130
8.1.1.3	Keine besonderen Voraussetzungen für eine Auskunftserteilung	131
8.1.2	Feststellung der Identität der Betroffenen.	132
8.1.2.1	Beispiele unzureichender Identitätsprüfung	132
8.1.2.2	Praktisches Vorgehen	133
8.1.3	Standardfall: Auskunft über eine oder mehrere aktuelle Anschriften eines am Ort wohnhaften Einwohners	135
8.1.3.1	Auskunft über eine aktuelle Anschrift in der Gemeinde	135
8.1.3.2	Auskunft über mehrere aktuelle Anschriften in der Gemeinde	135
8.1.3.3	Sonderfall: aktuelle Haupt- und aktuelle Nebenwohnung in verschiedenen Gemeinden	136
8.1.4	Auskunft über Vor- und/oder Familienname eines am Ort wohnhaften Einwohners	136
8.1.4.1	Standardfall: Änderung des Familiennamens infolge Heirat .	136
8.1.4.2	Abgrenzung: Frage nach einem früheren Familiennamen .	137
8.1.5	Auskunft über den Doktortitel eines am Ort wohnhaften Einwohners	137
8.1.6	Auskunft über weggezogene Einwohner	138
8.1.6.1	Standardfall: Auskunft über die neue Anschrift	138

8.1.6.2	Auskunft über Vor- und/oder Familiennamen	139
8.1.6.3	Auskunft über den Doktortitel.	139
8.1.6.4	Weitergeltung von Auskunftssperren	139
8.1.7	Auskunft über verstorbene Einwohner	139
8.1.7.1	Auskunft über die Tatsache des Todes	139
8.1.7.2	Weitergeltung von Auskunftssperren	140
8.1.8	Anhörungspflichten bei besonderen Personengruppen	141
8.1.8.1	Überblick.	141
8.1.8.2	Baden-Württemberg	142
8.1.8.3	Bayern.	142
8.1.8.4	Nordrhein-Westfalen	144
8.1.8.5	Sachsen	144
8.1.9	Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten	145
8.2	Erweiterte Melderegisterauskunft.	145
8.2.1	Überblick.	145
8.2.1.1	Bezeichnung »erweiterte« Melderegisterauskunft	145
8.2.1.2	Feststellung der Identität der Betroffenen	148
8.2.1.3	Zulässige Empfänger einer erweiterten Melderegisterauskunft	148
8.2.1.4	Technischer Ablauf einer erweiterten Melderegisterauskunft	150
8.2.2	Allgemeine gesetzliche Voraussetzungen	150
8.2.2.1	Überblick.	150
8.2.2.2	Berechtigtes Interesse	152
8.2.2.3	Möglichkeiten der »Glaubhaftmachung« des berechtigten Interesses	153
8.2.2.4	Abwägung der beiderseitigen Interessen	155
8.2.3	Landesspezifische Modifizierungen der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen	156
8.2.3.1	Überblick.	156
8.2.3.2	Baden-Württemberg	156
8.2.3.3	Bayern.	159
8.2.3.4	Nordrhein-Westfalen	163
8.2.3.5	Sachsen	163
8.2.3.6	Vergleich der landesspezifischen Modifizierungen	166
8.2.4	Details zu den zulässigen acht Daten bzw. Datengruppen	167
8.2.5	Erteilung einer einfachen statt einer erweiterten Auskunft	170
8.2.6	Benachrichtigung des Betroffenen	171
8.2.6.1	Überblick.	171
8.2.6.2	Grundregel: Unterrichtung des Betroffenen	171
8.2.6.3	Ausnahme: Verzicht auf die Benachrichtigung des Betroffenen	173
8.2.7	Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten	174
8.2.7.1	Rechtliche und praktische Hintergründe	174
8.2.7.2	Praktische Durchführung von Dokumentation und Aufzeichnung	175
8.2.8	Telefonische Erteilung erweiterter Melderegisterauskünfte	176
8.2.8.1	Zulässigkeit	176
8.2.8.2	Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten	176

8.3	Gruppenauskünfte	177
8.3.1	Bedeutung des Begriffs/Abgrenzung zu ähnlichen Erscheinungen	177
8.3.1.1	Begriff der »Gruppenauskunft«	177
8.3.1.2	Abgrenzung zu ähnlichen Erscheinungen	177
8.3.2	Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Gruppenauskunft	179
8.3.2.1	Denkbare Antragsteller	179
8.3.2.2	Vorliegen eines öffentlichen Interesses	180
8.3.2.3	Zulässige Ausgestaltung der Gruppenauskunft	185
8.3.3	Funktion der Unbedenklichkeitsbescheinigung	187
9	Sonderformen der Melderegisterauskunft an nicht-öffentliche (private) Stellen/Wahlwerbung	
9.1	Überblick	190
9.2	Auskünfte an Parteien und ähnliche Gruppierungen für Zwecke der Wahlwerbung	191
9.2.1	Überblick	191
9.2.1.1	Besondere Rolle der Parteien	191
9.2.1.2	Verwendung der Melddaten durch die Parteien	191
9.2.1.3	Praktische Erfahrungen	191
9.2.2	Ermessensentscheidung der Meldebehörde	192
9.2.2.1	Ermessen und Gleichbehandlung	192
9.2.2.2	Mögliche Elemente der Ermessensentscheidung	193
9.2.2.3	Verweigerung von Auskünften an eine bestimmte Gruppierung	194
9.2.3	Antragsberechtigte Gruppierungen	194
9.2.3.1	Erfordernis eines Antrags	194
9.2.3.2	Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen	195
9.2.4	Wahlen, Abstimmungen, Volks- und Bürgerbegehren	196
9.2.5	Ausschlussfrist	198
9.2.5.1	Sechsmonatsfrist	198
9.2.5.2	Auskünfte außerhalb der Sechsmonatsfrist	198
9.2.5.3	Fristen für den Hinweis auf das Widerspruchsrecht	200
9.2.6	Inhalt der Auskunft	200
9.2.6.1	Basisdaten	200
9.2.6.2	Gruppenauskunft nur nach dem Alter	200
9.2.6.3	Unzulässige Differenzierungskriterien	200
9.2.6.4	Auskunft über alle Wahlberechtigten	201
9.2.6.5	Örtliche Differenzierungen	202
9.2.7	Gestaltung der Auskunft	202
9.2.8	Verwendungszweck der Daten	203
9.2.9	Auflagen für den Datenempfänger	203
9.2.10	Widerspruchsrecht der Betroffenen	204
9.2.10.1	Möglichkeiten und Grenzen der geltenden Regelung	204
9.2.10.2	Hinweise auf das Widerspruchsrecht	206

9.2.11	Besonderheiten bei Pflegeheimen, Krankenhäusern, Gefängnissen usw.	207
9.2.11.1	Pflegeheime, Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen	207
9.2.11.2	Gefängnisse	208
9.2.12	Einfluss bestehender Auskunftssperren	209
10	Auskunfts- und Übermittlungssperren	
10.1	Systematik der Auskunfts- und Übermittlungssperren	210
10.2	Wirkung der Auskunfts- und Übermittlungssperren	213
10.2.1	Ausgangspunkt	213
10.2.2	Stellen, gegenüber denen eine Sperre wirkt	213
10.2.3	Daten, die nicht übermittelt werden dürfen	215
10.3	Formulierung der Verweigerung von Auskünften oder Übermittlungen	215
10.4	Sperren auf Wunsch der Betroffenen (»Widerspruchsrechte«)	217
10.4.1	Widerspruch gegen Gruppenauskünfte vor Wahlen	217
10.4.1.1	Zweck der Sperre	217
10.4.1.2	Berechtigung zum Widerspruch	217
10.4.1.3	Ausübung des Widerspruchsrechts	218
10.4.1.4	Wirkung der Sperre	218
10.4.1.5	Einfluss einer schon bestehenden Auskunftssperre	218
10.4.1.6	Sonderregelung für Krankenhäuser usw.	219
10.4.1.7	Hinweispflichten der Meldebehörde	219
10.4.2	Widerspruch gegen die Übermittlung von Jubiläumsdaten	220
10.4.2.1	Zweck der Sperre	220
10.4.2.2	Berechtigung zum Widerspruch	221
10.4.2.3	Ausübung des Widerspruchsrechts	221
10.4.2.4	Wirkung der Sperre	221
10.4.2.5	Einfluss einer schon bestehenden Auskunftssperre	221
10.4.2.6	Sonderregelungen für Krankenhäuser usw.	221
10.4.2.7	Anfragen bezüglich konkreter Einzelpersonen	221
10.4.3	Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Adressbuchverlage	222
10.4.3.1	Überblick	222
10.4.3.2	Sonderregelungen für Krankenhäuser usw.	222
10.4.4	Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften	222
10.4.5	Widerspruch gegen die Erteilung einfacher Melderegisterauskünfte über das Internet	223
10.4.6	Widerspruch gegen die Erteilung einfacher Internetauskünfte für Zwecke der Direktwerbung	223
10.5	Sperrung auf begründeten Antrag des Betroffenen wegen Gefährdung	225
10.5.1	Hintergrund der gesetzlichen Regelungen	225
10.5.2	Fünf typische Fallgruppen	225
10.5.3	Antrag des Betroffenen	227
10.5.4	Vorliegen einer Gefährdung	228

10.5.4.1	Gesetzliche Vorgaben	228
10.5.4.2	Anwendung auf die fünf typischen Fallgruppen	230
10.5.4.3	Besonderheiten durch das Zeugenschutzgesetz	232
10.5.5	Befristung der Sperre	233
10.5.6	Hinweispflichten gegenüber dem Betroffenen	235
10.5.7	Wirkung der Sperre	237
10.5.7.1	Von der Sperre erfasste Datenübermittlungen	237
10.5.7.2	Von der Sperre erfasste Wohnungen	238
10.5.8	Auskunft trotz Sperre	240
10.6	Sperren von Amts wegen	242
10.6.1	Überblick	242
10.6.2	Schutz von Personen, die adoptiert sind oder adoptiert werden sollen	243
10.6.2.1	Ausgangslage im Adoptionsrecht	243
10.6.2.2	Bedeutung des Adoptionsgeheimnisses	246
10.6.2.3	Sperren im Melderegister und Wahrung des Adoptionsgeheimnisses	248
10.6.3	Schutz von Transsexuellen	251
10.6.3.1	Einige Hinweise zum Transsexuellengesetz	251
10.6.3.2	Bedeutung der Sperre	251
10.6.4	Sperre aufgrund der »Auffangklausel«	252
10.6.4.1	Notwendigkeit einer Sperre in besonderen Situationen	252
10.6.4.2	Rechtsgrundlage	252
11	Weitergabe oder Übermittlung von Daten per Telefon, Telefax oder E-Mail	
11.1	Einführung in die Problematik.	254
11.2	Schriftlichkeit als Grundsatz	255
11.3	Fragen nach Vor- oder Familienname, Doktorgrad, Anschriften	256
11.4	Fragen nach weitergehenden Daten	256
11.4.1	Bedeutung der Herkunft einer Anfrage	256
11.4.2	Manipulationsgefahren	257
11.4.2.1	Telefon	257
11.4.2.2	Telefax	258
11.4.2.3	E-Mail.	259
11.4.3	Praktische Hinweise zum Ausschalten von Manipulationen und unbeabsichtigten Fehlern	259
11.4.3.1	Telefon	259
11.4.3.2	Telefax	263
11.4.3.3	E-Mail.	265
12	Haftungsrisiken und andere rechtliche Folgen bei Falschauksünften	
12.1	Haftungsrisiken und Haftungsausschluss	266
12.1.1	Haftung gegenüber Auskunftssuchenden.	266
12.1.2	Haftung gegenüber Dritten, denen eine falsche Bescheinigung vorgelegt wird	268

	Inhalt	15
12.1.3 Möglichkeiten und Grenzen eines Haftungsausschlusses	268	
12.2 Datenschutzrechtliche Beanstandungen	269	
12.2.1 Gesetzliche Regelungen.	269	
12.2.2 Praktische Abläufe.	269	
12.3 Weitere rechtliche Folgen von Datenschutzverstößen	270	
12.3.1 Überblick.	270	
12.3.2 Straftaten.	270	
12.3.3 Arbeits- oder disziplinarrechtliche Konsequenzen	270	
Stichwortregister		271